



Frank Baranowski
Oberbürgermeister
der Stadt Gelsenkirchen



Ullrich Sierau
Oberbürgermeister
der Stadt Dortmund



Sören Link
Oberbürgermeister
der Stadt Duisburg

Presseinformation

Grüne wollen Soforthilfe für Südosteuropazuwanderung blockieren

Keine Oppositionsarbeit auf den Rücken der Menschen!

Mit Unverständnis reagieren die Oberbürgermeister einiger der von starker Zuwanderung aus Südosteuropa betroffenen Städte auf die Ankündigung der Grünen, im Bundesrat das 25-Millionen-Euro-Soforthilfepaket der Bundesregierung blockieren zu wollen. „Damit erweisen die Grünen den zuwandernden Menschen aber auch den Kommunen einen Bärendienst. Es darf keine Politik auf dem Rücken der Betroffenen sowie der Kommunen geben“, erklären Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Sören Link, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, sowie Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski unisono.

Hintergrund für die ablehnende Haltung der Grünen scheint der Umstand zu sein, dass sie so über den Bundesrat die Freizügigkeitsgesetzgebung der Bundesregierung verhindern wollen. „Wir machen den Grünen nicht ihre politische Haltung zum Vorwurf. Es darf nur nicht sein, dass sie damit gleichzeitig die Finanzierung der Arbeit mit und für die Menschen vor Ort riskieren“, erklärt Frank Baranowski.

Ullrich Sierau fügt hinzu: „Dafür, dass es das Soforthilfepaket gibt, haben wir lange mit der Bundesregierung gerungen. Dieses Geld wird für die Arbeit vor Ort dringend benötigt, egal ob sie in Offenbach oder Dortmund, in Hamburg oder Berlin stattfindet.“

Zudem sei fraglich, ob der eingeschlagene Weg überhaupt zu dem, von den Grünen beabsichtigten Erfolg führt. „Denn die Blockadehaltung im Bundesrat wird ja nicht dazu führen, dass das Gesetz nicht kommt. Bezogen auf die Soforthilfe kann die möglicherweise eintretende zeitliche Verzögerung allerdings dazu führen, dass das Geld nicht kommt, weil es am Jahresende verfällt. Damit würden die Grünen unsere Integrationsbemühungen konterkarieren“, erklärt Sören Link.

„Aus unserer Sicht kann ein Kompromiss allenfalls darin bestehen, dass die Grünen sich mit der Bundesregierung kurzfristig über einen Weg einigen, wie die 25-Millionen-Euro-Soforthilfe gegebenenfalls aus dem Gesetzeswerk herausgelöst werden kann und verlässlich noch in diesem Jahr fließt“, sagen die drei Oberbürgermeister. Bislang ist eine Verabschiedung der zustimmungspflichtigen Regelungen im Bundesrat am Freitag dieser Woche vorgesehen. Dies gilt als Voraussetzung, um den Betrag noch in diesem Jahr zahlbar zu machen.